

NEUES AUS DEM LANDTAG FÜR DIE REGION LANDSHUT

HELMUT RADLMEIER

FÜR UNS IM LANDTAG

CSU 
Näher am Menschen

Zu Unrecht unter dem Radar

Abgeordneter Radlmeier im Austausch mit Landshuter Sozialgericht



Helmut Radlmeier und Dr. Christian Zieglmeier, Präsident des Sozialgerichts Landshut sprachen über die Arbeit des Sozialgerichts, die sich „von der Wiege bis zur Bahre“ erstreckt, wie Zieglmeier zusammenfasste.

Familie, Arbeit, Sozialleistungen: Jeder kommt im Laufe seines Lebens in Kontakt mit Themen, für die – sobald es zum Rechtsstreit kommt – Sozialgerichte zuständig sind. „Unsere Bandbreite reicht von der Wiege bis zur Bahre“, fasste es Dr. Christian Zieglmeier, Präsident des Landshuter Sozialgerichts, beim Besuch von Helmut Radlmeier zusammen.

Nach dem Amtsgericht Landshut und der Landshuter Staatsanwaltschaft absolvierte Helmut Radlmeier beim Sozialgericht Landshut die nächste Station seiner Justiz-Tour. Dort ist seit zwei Jahren der Landshuter Dr. Christian Zieglmeier Präsident.

„Die Sozialgerichtsbarkeit läuft etwas unter dem Radar“, wie Zieglmeier feststellte und Radlmeier bestätigte. Dafür aber bieten sie hochspannende Themengebiete mit

vielen Facetten. Ob bei Streitigkeiten zur gesetzlichen Kranken- oder Pflegeversicherung, zur Rentenversicherung oder Familienleistungen wie dem Kinder- oder Elterngeld: immer ist das Sozialgericht gefragt. Für die Arbeit stehen dem Sozialgericht Landshut derzeit 50 Mitarbeiter zur Verfügung, davon 16 Richterinnen und Richter. Außerdem sind 176 ehrenamtliche Richter im Einsatz, denn ein Verfahren wird in der Regel von einem haupt- und zwei ehrenamtlichen Richtern entschieden. Anders als die Schöffen am Amtsgericht werden die Ehrenamtlichen am Sozialgericht bestimmt – die meisten davon paritätisch von der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite.

Das Personal wird gebraucht: Über 3.500 Verfahren sind im vergangenen Jahr beim Sozialgericht Landshut neu eingegangen. Bei allen wird der sog. Untersuchungsgrundsatz angewandt. Das Gericht geht dem Fall so lange auf den Grund, bis er entscheidungsreif ist. Das ist mit großem Aufwand verbunden:

Akten müssen gesichtet, Unterlagen angefordert und Gutachten eingeholt werden. „Hier sind wir immer auf die Mitwirkung der Beteiligten angewiesen“, stellte Zieglmeier klar. Gerade Gutachten dauern oft lange. In Landshut behilft man sich deshalb mit eigenen Untersuchungsräumen für medizinische Gutachten direkt im Haus. Ärzte können direkt vor Ort ein tagesaktuelles Gutachten erstellen. „Die Aktualität der Gutachten führt zu einer hohen Akzeptanz bei den Prozessbeteiligten“, berichtete Zieglmeier.

Digitalisierung und Home-Office

Eine Arbeiterleichterung sei auch die Digitalisierung: Als eines der ersten Sozialgerichte hat das Sozialgericht Landshut alle Säle mit Videokonferenzen ausgestattet. „Die Technik ist praktisch, weil sich ein Rechtsanwalt oder ein Gutachter etwa aus einem anderen Bundesland einfach zuschalten kann“, erläuterte Zieglmeier. Im kommenden Jahr soll dann der Rechtsverkehr komplett elektronisch erfolgen, sodass die Zeit der dicken Papierakten am Gericht ein Ende hat.

Grundsätzlich sei auch Home-Office für das Personal möglich. Auch biete man flexible Arbeitszeitmodelle an. „Eigentlich hat bei uns jeder sein eigenes Modell“, so Zieglmeier. „In Zeiten, in denen Viele Personal suchen, ist diese Flexibilität für die Attraktivität als Arbeitgeber wichtig. Dass die Justiz ein attraktiver Arbeitgeber ist, ist wiederum entscheidend dafür, dass der Rechtsstaat funktioniert“, unterstrich Radlmeier.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut
Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576
✉ buero@helmut-radlmeier.de
🌐 www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.



Nutzen Sie dazu die nächste Telefonsprechstunde am Montag, 24.04.2023, 10 - 11 Uhr



(Bitte klicken)



Folgen Sie mir auf Facebook und Instagram.

Alle Newsletter-Ausgaben:
<https://tinyurl.com/alleNewsletter>

Grundsteuerreform fordert Vermessungs-Amt

Radlmeier informiert sich im Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Bis zum 30. April müssen alle Grundstückseigentümer in Bayern eine Grundsteuererklärung einreichen. Nötig macht das ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die bisherige Berechnungsgrundlage für verfassungswidrig erklärt hat. Die Folgen der Reform beschäftigen auch das Landshuter Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, wie Helmut Radlmeier von Amtsleiterin Ruth Jakob erfuhr.

Einreichen muss man die Grundsteuererklärung bei den Finanzämtern. Die Reform hat aber auch Auswirkungen auf das Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, wie Ruth Jakob erläuterte. „Durch die Grundsteuerreform hat uns eine Vielzahl von Anfragen erreicht“, so Jakob. Eigentümer hätten deutlich mehr Bestandsnachweise für ihre Grundstücke beantragt als üblich. Zudem wurde speziell für die Beantwortung der Anliegen von Grundstückseigentümern und Steuerberatern Personal abgestellt. „Man kann von Glück reden, dass wir in Bayern ein relativ einfaches Berechnungs-Modell

gewählt haben. Andere Bundesländer haben sich für kompliziertere Modelle entschieden. Eigentümer und Behörden in Bayern wären dadurch noch mehr beschäftigt“, machte Radlmeier deutlich.

Schwerpunkt: Vermessung

Schwerpunkt der Arbeit des Amtes war und ist aber eigentlich ein anderer: die Vermessung von Grundstücken und Gebäuden. „Das macht 95 Prozent unserer Arbeit aus“, hielt Jakob fest. Anhand der Einsätze bekomme man auch einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage: Während der Corona-Pandemie seien mit Blick auf die Immobilienwirtschaft keine Auswirkungen erkennbar gewesen. Im vergangenen Jahr aber habe man bei den Grundstücksvermessungen einen Rückgang um über 10 Prozent im Vergleich zum Schnitt der Vorjahre gesehen. Es wird also weniger gebaut.

Ausbau des schnellen Internets

Zum Aufgabengebiet des Amtes gehört auch der Breitbandausbau in der Region.

Mittlerweile sind zumindest die größeren Ortsteile in allen Kommunen mit Glasfaser versorgt. „Geholfen hat hier, dass der Freistaat eigene Programme aufgesetzt hat und auch bei Bundesprogrammen die Förderung noch einmal mit eigenen Mitteln aufgestockt hat“, schilderte Jakob. „Gerade in den ersten Jahren des Breitband-Ausbaus waren die Förderprogramme des Bundes sehr kompliziert. Seit 2014 hat der Freistaat deshalb über 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, damit der Breitbandausbau flächendeckend vorankommt“, legte Radlmeier dar.



Helmut Radlmeier und Ruth Jakob, Leiterin des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut, sprachen über die Arbeitsschwerpunkte des Amtes.

Krankenhausreform und Finanzierung der Geriatrie im Fokus

Helmut Radlmeier besuchte Schlossklinik Rottenburg

Helmut Radlmeier kam zu einem Besuch in die Schlossklinik Rottenburg. Ausführlich sprachen Chefärztin Veronika Sagmeister, Standortvertreter Thomas Rohrmeier und Pflegedienstleitung Ina Stiller mit dem Landtagsabgeordneten über die geplante Krankenhausreform und daraus zu erwartende Veränderungen sowie die Finanzierung der Reha-Einrichtung.

Seit Juli 2022 ist Veronika Sagmeister neue

Chefärztin der Schlossklinik. Sagmeister kennt das Haus bestens, da sie schon in der Schlossklinik gearbeitet hat, bevor sie zwischenzeitlich am Achdorfer Kreiskrankenhaus beschäftigt war.

Besprochen wurden die Vor- und Nachteile der generalistischen Ausbildung in der Pflege. Den Einblick in die verschiedenen Pflegebereiche sieht Pflegedienstleitung Ina Stiller als großen Vorteil, sie würde jedoch

eine spätere Spezialisierung in den Kliniken begrüßen.

Die nicht kostendeckende Finanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Krankenkassen beschäftigt die Schlossklinik. „Geriatrische Behandlungen müssen endlich kostendeckend sein“, forderte Radlmeier.

Unsicherheit durch Klinik-Reform

Für große Unsicherheit sorgt derzeit die von der Bundesregierung geplante Krankenhausreform, wie im Gespräch deutlich wurde. Radlmeier betonte, dass die Pläne der Ampel für ihn nicht akzeptabel seien. Die Krankenhausreform würde zur Schließung kleiner Krankenhäuser führen. „Wir im Freistaat wollen das genaue Gegenteil, nämlich eine flächendeckende medizinische Versorgung“, machte Radlmeier deutlich. Bayern investiere deshalb seit Jahren in die bewährten Krankenhausstrukturen im ländlichen Raum. Man brauche auch weiterhin kleinere Krankenhäuser, war man sich einig. „Wer in der Region Landshut in einem Krankenhaus behandelt wird, kann anschließend in der Region auf Reha gehen – das ist ideal“, sagte Helmut Radlmeier.



(v.l.): Helmut Radlmeier, Chefärztin Dr. Veronika Sagmeister, Pflegedienstleitung Ina Stiller und Standortvertreter Thomas Rohrmeier sprachen über die Finanzierung der Geriatrie und die Krankenhausreform.

Foto: Elisabeth Lackermeier/LAKUMED Kliniken



Förderung für LaHo

Initiiert von Helmut Radlmeier und seinen Kolleginnen und Kollegen im Arbeitskreis für Wissenschaft und Kunst unterstützt der Freistaat – sehr zur Freude von Förderer-Chef Stefan Feigel – ein Forschungsprojekt der Universität Regensburg zur Landshuter Hochzeit mit 60.000 Euro.



Staatskanzleichef beim Radio

Staatskanzleichef Florian Herrmann und Helmut Radlmeier besuchten das Funkhaus Landshut und sprachen mit den Senderverantwortlichen über regionale Radiosender und deren Bedeutung.

Foto: Radio Trausnitz.



Arbeitskreis Gesundheit und Pflege

Psychiatrische Institutsambulanzen (PIA) sind ein wichtiger Teilbereich der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Mit Vertretern der Ambulanzen und der Krankenkassen tauschte sich der Arbeitskreis für Gesundheit und Pflege im Landtag aus.

Foto: CSU-LT-Fraktion.



Ausstellung im Stadtmuseum

Gemeinsam mit dem Freundeskreis Stadtmuseum besuchte Helmut Radlmeier die Ausstellung „Walter Habarta - Phantastische Welten. Vom Trickfilm zur Computerkunst.“ Die Ausstellung würdigt das Lebenswerk des berühmten Landshuter Filmemachers Jan Walter Habarta.



Gesundheitsminister bei der Caritas

Nicht nur zusehen, sondern mitmachen, hieß es für Gesundheitsminister Klaus Holetschek und Helmut Radlmeier bei der Caritas Berufsfachschule für Pflege und Altenpflegehilfe.

Foto: Schophoff/Caritas Regensburg.



Frauenfrühstück

Ein Klinikverbund in der Region Landshut ist überfällig, war die einhellige Meinung beim diesjährigen Frauenfrühstück mit den Verbänden der Frauen-Union.

Haushalt verabschiedet

Landtag gibt Gelder frei

Der Bayerische Landtag hat in drei Sitzungen den Haushalt des Freistaates Bayern für dieses Jahr beschlossen. Der Haushalt umfasst 71,2 Mrd. Euro. Die Schwerpunkte im Überblick:

Bildung:

- » Gesamtetat von 14,8 Mrd. Euro (+ 2,77 %).
- » 1.600 neue Stellen an Schulen (Lehrer, Verwaltung, IT).
- » 41,8 Millionen Euro für Schullassistenzen, Differenzierungskräfte und Drittkräfte.

Wissenschaft & Kunst:

- » Gesamtetat von 8,7 Mrd. Euro (+3,57 %).
- » neuer Höchststand für dieses Ressort.
- » Rund 600 Mio. € für Hightech-Agenda in diesem Jahr.
- » 55,5 Millionen Euro mehr für die Kulturförderung, damit insgesamt 758,6 Millionen in diesem Bereich.

Familie & Soziales:

- » Gesamtetat von 7,59 Mrd. Euro (+2,7 %).
- » Für Kitas über 2,9 Milliarden Euro.
- » Bayerisches Familiengeld auf 785,5 Millionen Euro erhöht.

Inneres:

- » Gesamtetat von 7,3 Milliarden Euro (+6,7 %).
- » 500 zusätzlichen Stellen für die Polizei.
- » 81,6 Millionen Euro für Sportförderung.

Umwelt:

- » Gesamtetat von 1,17 Mrd. Euro.
- » Schwerpunkte: Wasser, Klima und Artenvielfalt. 380 Millionen Euro für Wassersicherheit und Gewässersicherheit.
- » Über 166 Millionen Euro Unterstützung der Kommunen beim Erhalt ihrer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen.

Finanzen & Heimat:

- » Gesamtetat von 3,1 Mrd. Euro (+3,33 %).
- » 200 Millionen Euro zusätzlich für flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur.
- » 13 Millionen Euro zur Stärkung der Heimatpflege und regionalen Identität.

Wohnen, Bau & Verkehr:

- » Gesamtetat von 5,98 Mrd. Euro (+27,5 %).
- » 1 Mrd. Euro für Wohnraumförderung.
- » 1,7 Mrd. Euro für ÖPNV.

Justiz:

- » Gesamtetat von 2,9 Mrd. Euro (+3,4 %).
- » 150 neue Stellen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug.
- » 125,5 Mio. Euro weitere Digitalisierung der Justiz.

Landwirtschaft:

- » Gesamtetat von 1,8 Mrd. Euro.
- » 337,2 Millionen Euro für das erfolgreiche und bewährte Kulturlandschaftsprogramm (KuLaP).
- » 108,4 Millionen Euro für Dorferneuerung zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Wirtschaft:

- » Gesamtetat von 1,76 Mrd. Euro.
- » Schwerpunkt Mittelstand: Meisterbonus erhöht, dadurch Meisterausbildung in Bayern kostenlos.
- » insgesamt 15 Millionen Euro für die Geothermie.

Gesundheit & Pflege:

- » Gesamtetat von über 876 Mio. Euro.
- » 54 Mio. Euro für 1.000 neue Pflegeplätze in diesem Jahr.
- » 430 Millionen Euro für Landespflegegeld, das es nur in Bayern gibt.

Digitales:

- » Gesamtetat von 115 Mio. Euro.
- » Über 36 Mio. Euro für den weiteren Ausbau der digitalen Verwaltung.
- » bayerische Film- und Computerspielbranche wird mit weiteren 33 Mio. Euro gefördert.

Online-Petition gestartet:

„Retten wir unsere Krankenhäuser!“

Durch die aktuellen Überlegungen der Bundesregierung droht vielen kleineren Krankenhäusern das Aus. Dagegen wollen Helmut Radlmeier, die CSU-Ortsverbände aus Rottenburg und Vilsbiburg, die Junge Union und die Senioren Union im Landkreis Landshut und die Kandidaten der CSU für die Landtags- und Bezirkstagswahl ein klares Zeichen setzen: Sie haben eine Petition gestartet, die sich direkt an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wendet.

Auf politischer Ebene werde man nichts unversucht lassen, um die Pläne der Bundesregierung zu stoppen, bekräftigt Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier. Dafür brauche man aber auch die breite Unterstützung der

Öffentlichkeit, weshalb man nun die Petition gestartet habe: „Wir müssen ein klares Zeichen setzen – für unsere Krankenhäuser!“, so der Abgeordnete.

Die Überlegungen aus Berlin, künftig nur noch auf wenige Krankenhäuser zu setzen, halten die Kandidaten der CSU für die Landtags- und Bezirkstagswahl Bezirksrätin Martina Hammerl, Verena Sladek und Hans-Peter Summer, für realitätsfern.

Jeder in der Region wisse, was man an den Krankenhäusern habe, so die Initiatoren, die auf eine breite Unterstützung der Petition hoffen.

Die Petition unterzeichnen und damit die Krankenhäuser unterstützen kann man unter



Die CSU-Ortsverbände Rottenburg und Vilsbiburg, die JU und die Senioren Union im Landkreis Landshut sowie die CSU-Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahl setzen sich für den Erhalt der Krankenhäuser in Rottenburg und Vilsbiburg ein und haben dazu eine Online-Petition gestartet.



Krankenhäuser retten!

nachfolgendem Link:

<https://www.change.org/krankenhauserretten>